

Quo vadis Gesundheitsreform?

Das Bundeskabinett hat am 12. Juli die Eckpunkte der Gesundheitsreform 2006 verabschiedet. Diese dienen als Grundlage für ein Reformgesetz, das sowohl die Finanzierung als auch die Leistungsfähigkeit des deutschen Gesundheitssystems sichern soll.

| Claudia Hartmann

Die schwarz-rote Koalition hatte große Ziele: Man wollte das deutsche Gesundheitssystem von Grund auf reformieren und die Kostenerstattung entbürokratisieren. Keine leichte Aufgabe, wenn alle Seiten – ob Ärzte, Krankenkassen, Pharmaunternehmen oder Versicherte – gleichermaßen zufrieden gestellt werden sollen. Doch wie sieht das Vorhaben der Regierung, das von Verbraucherschutzminister Horst Seehofer (CSU) passenderweise als „Herkulesaufgabe“ bezeichnet wird, in der Praxis tatsächlich aus?

bei einer Krankenkasse dann aber nicht mehr übereinstimmen, kann sie von ihren Versicherten Zuschläge verlangen oder Abschläge gewähren. Die Krankenkassen bestimmen also allein über Zusatzbeiträge oder Rückerstattungen. So wird in Zukunft der Preis- oder Prämien-Wettbewerb der Krankenkassen ablaufen.

Für die privaten Krankenkassen ändern sich die Tarife zunächst nicht, weil diese nun doch nicht am Gesundheitsfonds beteiligt werden. Neu ist jedoch, dass sie künftig gezwungen sind, Versicherte zu einem noch nicht festste-

„Es kann doch nicht sein, dass das Gesundheitswesen ins Chaos gestürzt wird, nur um den Koalitionsfrieden zu retten.“

Für 2007 plant die große Koalition zunächst eine Anhebung der Kassenbeitragssätze um 0,5 Prozentpunkte. Neue Kosten werden aber wohl schon ein Jahr später auf die Bürger zukommen: 2008 tritt der so genannte Gesundheitsfonds in Kraft, der aus Beiträgen von Arbeitgebern und -nehmern sowie einem kleinen Teil aus Steuermitteln gespeist wird. Zur Finanzierung der Kindermitversicherung wollen Union und SPD an die gesetzlichen Kassen einen Steuerzuschuss von 1,5 Milliarden zahlen. Weitere drei Milliarden Euro sollen dafür im Jahr 2009 aus dem Staatshaushalt aufgebracht werden. Aus diesem Gesundheitsfonds erhalten die Kassen pauschale Beträge für jeden Versicherten. Wenn Ein- und Ausnahmen

henden Basistarif aufzunehmen, wenn das Einkommen des Anwärters über der Bemessungsgrenze von 47.250 Euro im Jahr liegt.

Was spricht dagegen?

Die Grünen kritisieren die geplante Gesundheitsreform als „Merkel-Murks“. Grünen-Chef Reinhard Bütikofer wirft der großen Koalition sogar völliges Versagen vor und bezeichnet die Reform als einen „schwerfälligen bürokratischen Tanker mit vielen Lecks“. Scharfe Kritik übte auch der Chef der Deutschen Angestellten-Krankenkasse, Herbert Rebscher, der vom „faktischen Ende einer Sozialversicherung, vom Beginn eines Systems staatlich organisierter Einheits-Grundversor-

tipp:

Auf www.die-gesundheitsreform.de finden Sie alle Hintergrundinformationen zur neuen Reform und können sich laufend über neue Entwicklungen informieren.